



Die „Gruabn“ muss bleiben



Viele Jahrzehnte diente die Gruabn als Spielstätte für den SK-Sturm. Nun droht das endgültige Aus für diesen traditionsreichen Grazer Fußballplatz. Fußball-Anhänger und Anrainer wollen die Gruabn erhalten. Damit wären Sportflächen und damit auch Grünraum im Bezirk Jakomini gesichert. (Siehe S. 3).

Um sich zu entspannen muss man nicht unbedingt eine Weltreise machen. Einen schönen und erholsamen Sommer wünscht allen Leserinnen und Lesern Ihr Grazer Stadtblatt.

Einladung zum Informationsabend **Erbchaft und Übergabe**

Dienstag, 5. Juli 2005, 19 Uhr – ÖGB-Spiegelsaal, Südtirolerplatz

Das Erbrecht und das Verlassenschaftsverfahren wurden neu geregelt.

Dr. Karlheinz Grabenwarter,

Öffentlicher Notar in Graz informiert über Änderungen und behandelt speziell auch

- Fragen des Steuerrechtes (Erbchafts- und Schenkungssteuer)
- Fragen der Sozialversicherung
- Fragen der Sozialhilfe (Pflegekosten und Beitragspflicht der Kinder)

Auf Ihr Kommen freut sich das Grazer Stadtblatt



Helfen statt reden.
kaltenegger
KPO

Da weiß man, was man wählt.

MEINUNG



Von
KPÖ-Wohnungsstadtrat
Ernst Kaltenegger

Die Politik als Event?

Nur ein „Event“ zählt. Diesen Eindruck muss man gewinnen, wenn man die derzeitige Politik bei uns verfolgt. Hauptsache es ist spektakulär, dient der allgemeinen Belustigung oder verursacht wenigstens Staunen, und viele Kameras sind auf die Politikergrößen gerichtet, welche dem Volk ein solches Schauspiel gönnen.

Probleme des Alltags scheinen dagegen kaum „eventtauglich“ zu sein. Mitversicherte Angehörige von Menschen beispielsweise, die wegen ihres geringen Einkommens von der Rezeptgebühr befreit wurden, zählen unbestritten zu den Ärmsten der Armen. Sie haben selbst überhaupt kein Einkommen. Trotzdem bekommen sie nach jedem stationären Aufenthalt in einem steirischen Krankenhaus die Rechnung über den Spitalskosten-Selbstbehalt zugeschickt. Das ist nicht in allen Bundesländern so. In der Steiermark wäre sicher ebenfalls eine sozialere Regelung möglich. Aber so etwas ist halt kein „Event“ und würde sich wahrscheinlich auch nur mit dem Bruchteil der Kosten für ein Großspektakel zu Buche schlagen.

Eine Politik die zur Show verkommt, wird die Probleme unseres Landes nicht lösen können – im Gegenteil, sie wird selbst zum Problem. Leere öffentliche Kassen sind oft die Folge von Großmannssucht. Die viel beschworene „Umwegrentabilität“ erweist sich nicht selten als leeres Gerede. Zu den Gewinnern zählen in der Regel nur einige Auserwählte. Die Zeche für die „Eventpolitik“ zahlen die Bürgerinnen und Bürger. Egal, ob sie daran teilnehmen wollen oder nicht.

Belastungen für die Bevölkerung – Goldregen für die Parteien.

Die Mehrheit der Bevölkerung muss den Gürtel enger schnallen. Die steirischen Landtagsparteien erhalten gleichzeitig wertgeschätzt Förderungen in Millionenhöhe: Insgesamt sind dies über 15,6 Millionen Euro.

Die ausgewiesene Parteienförderung ist im Landesbudget in 4 Posten verpackt: Die eigentliche Parteienförderung beträgt 4,65 Mio. Euro, die Unterstützung der politischen Bildungsarbeit 4,65 Mio. Euro, Unterstützung der Landtagsarbeit – knapp 40.000 Euro pro Mandat und die Förderung der kommunalen Interessensverbände: 3,412 Mio. Euro.

Demnach bekommt die ÖVP aus den vier verschiedenen Töpfen etwa 6,7 Mio. Euro, die SPÖ knapp 4,8 Mio. Euro, die FP 1,2 Mio. Euro und auch die Grünen

erhalten 580.000 Euro aus Steuermitteln.

Dazu kommen noch die Parteienförderungen auf Bundesebene und die EU-Privilegien für die Parteien. Mit diesem Geldregen lässt sich's leben.

Rat und Hilfe

Mieterschutzverband
Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Öffnungszeiten:
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

1.Juli: Politikergehälter steigen um 1,5%

Die Gehälter der Politiker steigen mit 1. Juli 2005 um 1,5 %. Um 1,5 % wurden auch die Pensionen der gewöhnlichen Menschen angehoben, allerdings hat man bei ihnen eine Obergrenze der Pensionserhöhung von 10, 03 Euro eingeführt. Die gilt für Politiker nicht.

Die neuen Gehälter:

Ausgangspunkt der 1997 fixierten Bezüge-Pyramide ist das Gehalt der NR-Abgeordneten. Die angeführten Beträge sind Brutto-Monatsgehälter (14x pro Jahr)

Funktion	Neu ab 1.7.2005	alt
Bundespräsident	21.636,40	21.316,70
Bundeskanzler	19.318,20	19.032,70
Vizekanzler (mit Ressort)	17.000,00	16.748,80
NR-Präsident	16.227,30	15.987,50
Minister	15.454,60	15.226,20
RH-Präsident	13.909,10	13.703,60
Staatssek. (mit best.Aufg.)	13.909,10	13.703,60
2. u. 3. NR-Präs.	13.136,40	12.942,30
Klubobmann im NR	13.136,40	12.942,30
Staatssek. (ohne best. Aufg.)	12.363,70	12.181,00
Volksanwalt	12.363,70	12.181,00
Bürgermeister Graz	11.977,00	11.800,00
NR-Abgeordneter	7.727,30	7.613,10
EU-Abgeordneter	7.727,30	7.613,10
Präsident des Bundesrats	7.727,30	7.613,10



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91
mail: stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at

Viele wollen die Gruabn erhalten!

Viele Grazerinnen und Grazer wünschen sich, dass auf dem Gelände der traditionsreichen „Gruabn“ weiter Fußball gespielt werden kann. Nach dem 1,4-Millionen-Euro-Deal mit SK-Sturm hat die Stadt Graz eigentlich freie Hand und könnte diesen Wünschen wie auch den Forderungen der Anrainer entsprechen. Diese fordern vehement die Erhaltung dieser Grünfläche in der Stadt.

Schließlich werden andere Grünflächen in Jakomini (Justizanstalt etc.) bereits verbaut. Die Debatte um einen Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat zeigte ganz klar: Die Mehrheit ist für die Rettung der Spielstätte.

SPÖ-Finanzstadtrat Riedler soll deshalb die Möglichkeit, auf dem Gelände des ehemaligen Sturmplatzes einen Sportplatz zu erhalten, nicht länger blockieren.

Zuvor war bekannt geworden, dass in der Gruabn ein Fußballplatz mit den benötigten Sicherheitsabständen möglich ist, wenn die Südtribüne geschleift wird. Damit sind die Argumente der SPÖ gegen einen Sportplatz hinfällig geworden. Der Grazer Sportklub (GSC) bevorzugt einen Umzug in die Gruabn.

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt: „Jedem Fußballfan

würde es weh tun, wenn es den ehemaligen Sturm-Sportplatz in

Zukunft nicht mehr gäbe.“ Der Grazer Sportklub könnte dort – statt in der Herrgottwiesgasse – einziehen. In der Innenstadt würde dadurch eine Sportstätte für die Jugendlichen erhalten bleiben.

Mit dieser Vorgangsweise könnten auch den Interessen der Anrainerinnen und Anrainer entsprochen werden, die sich mit

aller Schärfe gegen eine Verbauung des Areals wenden

Das Argument, dass sich ein Teil der Fläche auf einer geplanten Gürtelstraße befindet und sich deshalb nicht zur Bebauung eignet, muss uns außerdem hellhörig machen: Anscheinend hält man noch immer an einem Ausbau der Gürtelstraße im innerstädtischen Bereich fest!



Foto: Ulbl-Taschner

Anrainer und viele Fußballfreunde sind für den Erhalt der „Gruabn“ als Sportstätte für den Bezirk Jakomini

Margarethenbad: Kinder bleiben auf der Strecke

Große Aufregung und Unverständnis herrscht derzeit unter den Kindern und Jugendlichen im Margarethenbad. Seitens der Grazer-Stadtwerke Freizeitbetriebe hat man ihnen ihren geliebten Sportplatz weggenommen und an seine Stelle einen Beachvolleyballplatz aufgebracht, der nun von einem Verein kostenpflichtig betrieben wird.

Als frei bespielbare Fläche blieb ein schmaler Streifen von 7 Metern Breite begrenzt von 2 Zäunen mit meiner Ansicht nach nicht ungefährlichen Metallstützen (Verletzungsgefahr). Dies alles geschah außerdem mitten in der Badesaison. Mit dieser Maßnahme wolle man das

Margarethenbad für Studenten attraktiver machen und neue Gästegruppen ansprechen, so Dr. Krainer von den Stadtwerken. Das wäre in einem großen Bad mit großzügigem Raumangebot auch kein Problem. Das Margarethenbad ist aber sehr klein und bietet nur diese eine Spielfläche.

Zudem war es schon immer ein „Familienbad“, in das die Studenten nur vor den Ferien (Mai, Juni) kamen.

Zwar hat man den Saisonkartenbesitzern nach Protesten für heuer eine Gratis-Benützung des Beach-Bereiches zugesagt, doch ändert das nichts daran, dass die beliebte Fun-Court-Anlage mit Basketballkörben entfernt wurde und eine Bewegungsfläche für Kleinkinder, die sich bisher in der Wiese neben dem Fun Court aufhalten konnten, überhaupt fehlt. Dieser Platz war für die Kinder im Geidorf-Viertel mehr als eben

nur ein Sportplatz - er war der Treffpunkt im Sommer.

Das Geidorf-Viertel bietet ohnehin wenig Sport und Spielmöglichkeiten für unsere Kinder. So wurde z.B. bei der Neugestaltung des Stadtpark-Spielplatzes komplett auf die größeren Kinder vergessen, die noch immer auf Skater-Flächen oder Streetball-Körbe warten. Ein Mitarbeiter des Sportamtes sagte vor einigen Jahren auf die Anfrage einer Mutter bezüglich Skater-Möglichkeiten in Geidorf: „Gibt es dort überhaupt Kinder?“

Brigitte Brantner

Wirtschaftsbetriebe: Zusätzliche Stadtpark-Reinigung am Wochenende!

Die warmen und lauen Tage animieren die Menschen dazu, die schönen Parkanlagen der Stadt zu frequentieren. Sonnenbaden, relaxen, mit der Seele baumeln, spazieren gehen – die städtischen Oasen werden vielfältig genutzt.

Mit der Gestaltung und dem Zustand der städtischen Grünanlagen sind die Grazer BürgerInnen, wie die zahlreichen positiven Rückmeldungen zeigen, hoch zufrieden.

Leider gibt es aber auch Menschen, die – vornehmlich in den Nächten – Einrichtungen beschädigen und die von den städtischen MitarbeiterInnen liebevoll gestalteten Beete und Grünanlagen verschmutzen oder gar zerstören und Berge von Müll auf den Grünflächen verstreut hinterlassen. Davon betroffen ist in erster Linie der Stadtpark.

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz haben sich daher notwendigerweise entschlossen, zusätzliche Reinigungskräfte

einzusetzen und den Einsatz auch auf Samstagnachmittag und Sonntag ab 6.30 Uhr in der Früh auszuweiten. Papierkörbe und Abfallbehälter werden noch

öfter entleert und weitere Behälter an gut ausgewählten Plätzen aufgestellt.

Vor allem an die nächtlichen Parkbesucher richtet sich unser Appell: Genießen Sie unsere Parks, aber schonen Sie bitte diese schönen Anlagen und Einrichtungen, an denen sich auch andere erfreuen wollen.



Rauchen: Tipps zum Aufhören

„Nikotin ist eine Substanz, die langfristig ein hohes Suchtpotenzial hat“, warnt die Gesundheitsstadträtin. „und das Aufhören ist daher auch nicht immer einfach.“ Um Nikotinabhängigen erste Ausstiegshilfen zu bieten, veranstaltete das Gesundheitsamt am Welt Nichtrauchertag einen Informationsstand in der Grazer Innenstadt, bei dem Passanten ihre Lungenfunktion testen konnten. Aufhörwillige erhielten dabei auch Tipps für die erste rauchfreie Zeit.

„Wir dürfen aber den Zusammenhang mit Armut nicht außer Acht lassen. Eine gerechte Einkommensverteilung und gute Bildungschancen sind wichtige Faktoren für eine gesunde Gesellschaft, denn sie reduzieren u.a. die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen überhaupt erst mit dem Rauchen beginnen.“ so die Stadträtin.

ÖBB-Lehrwerkstätte Graz erhalten!

Das ÖBB-Management macht einen neuen Anlauf, um die Grazer ÖBB-Lehrwerkstätte zu schließen.

Nun ist die Politik in Stadt Land und Bund gefordert, die Schließung dieser für Graz so wichtigen Ausbildungsstätte zu verhindern. Seit Jahren ist man sich klar, dass es ohne überbetriebliches Engagement keine Aufrechterhaltung der Lehrwerkstätte geben wird.

Die ÖBB haben erklärt, sie können auf den Standort Graz verzichten. Die steirische Wirtschaft hat bei einem unter Landesrat Paiarl und Bürgermeister Stingl 2001 abgehaltenen Lehrwerkstättengipfel die überbetriebliche Finanzierung dieser Ausbildungsstätte zugesichert. Die Stadt Graz hat damals schon erhebliche Finanzmittel bereitgestellt, um eine Schließung zu verhindern. Nun ist es wieder einmal so weit.

Es soll wider jede Vernunft das endgültige Aus dieser Facharbeiterausbildungsstätte erfolgen. Der Grazer Gemeinderat hat sich in der Gemeinderatsitzung am 16. Juni 2005 einstimmig für den Erhalt ausgesprochen.

Land Steiermark sowie die Bundesregierung sind nun gefordert, alles zu unternehmen, damit diese Lehrwerkstätte in Graz weiter bestehen kann. Es wäre gelinde gesagt eine Katastrophe für den Industriestandort Graz, wenn eine der letzten Ausbildungsstätten dieser Art schließen müsste.

Gemeinderat Johann Slamnig: „Wir fordern Landeshauptmann Klasnic auf, den Plänen der ÖBB und Minister Gorbach mit Entschiedenheit entgegenzutreten! Minister Bartenstein sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass ein „Aus“ für die Branche

Metall/Elektro äußerst problematisch ist. Wir solidarisieren uns mit den betroffenen Lehrlingen und sprechen uns entschieden für den Erhalt dieser wichtigen Ausbildungsstätte aus.“



silva phOto-art

Kaltenegger: Wohnen darf nicht arm machen

„Wohnen darf nicht arm machen. Deshalb ist eine klare Begrenzung der Wohnungskosten notwendig“. Das sagte der Grazer Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger (KPÖ) nach Bekanntwerden der aktuellen Zahlen über den Preisanstieg beim Wohnen. Im Mai sind die Betriebskosten gegenüber dem Vorjahr um 14 %, die Wohnungsmieten um 5% und die Haushaltsenergie um 6,7% teurer geworden.

Kaltenegger: „Diese Zahlen widerlegen alle Sprecher der Hausherrenlobby, die behauptet hatten, dass der Markt alles regeln würde und die Mieten dadurch sogar sinken könnten. Wenn es

auf dem Wohnungssektor keine Obergrenzen gibt, dann gehen die Kosten nach oben“. Kaltenegger fügte hinzu, dass die Richtwerte in der Steiermark die dritthöchsten in Österreich und

weit höher seien als in anderen Bundesländern – beispielsweise Wien. Dabei kann keine Rede davon sein, dass die Steirerinnen und Steirer auch bei den Löhnen den dritten Platz belegen würden. Deshalb lehnt die steirische KPÖ das undurchschaubare Richtwertsystem bei den Mieten ab und fordert die Rückkehr zu Kategoriemietzinsen mit klar festgelegten Obergrenzen.

Weitere Forderungen der KPÖ sind:

- Offensive zum Bau leistbarer Mietwohnungen. Um dies gewährleisten zu können, darf es zu keiner zweckfremden Verwendung der Wohnbauförderungsmittel kommen.
- Ziel einer sozialen Wohnbaupolitik sollten Wohnungen sein, die sich berufstätige Mieterinnen und Mieter auch ohne Wohnbeihilfe leisten können.
- Volle Einbeziehung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe.
- Rücknahme der seinerzeitigen Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe des Landes.

Mehr
Millionäre
– mehr
Arbeitslose



Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des GLB

„In Österreich gibt es immer mehr Millionäre und immer mehr arme Menschen und Arbeitslose. Da kann etwas nicht stimmen“. Das sagte der steirische Arbeiterkammerrat Peter Scherz (GLB) als Reaktion auf die Berichte, wonach die Zahl der Reichen mit einem Finanzvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar weltweit um 600.000 Menschen oder 7,3 Prozent auf 8,3 Mio. gestiegen ist.

Die Zahl der österreichischen Reichen legte im vergangenen Jahr um 5,1 Prozent um 2.100 Personen auf 63.300 Menschen zu.

Die Schere zwischen Reich und Arm wird immer größer. Das dürfen die Organisationen der Arbeiterbewegung nicht widerstandslos hinnehmen. Deshalb bringt der Linksblock in der nächsten Vollversammlung der steirischen AK eine Resolution ein, in der er dafür eintritt, gesetzlich eine Obergrenze zu schaffen, wonach Spitzenbezüge in Wirtschaft und Politik nicht mehr als das Zehnfache eines Mindestlohnes von 1.100 € monatlich betragen sollen.

Außerdem verlangt der GLB die Offenlegung aller Vorstandsgehälter in Österreich. Das ist kein Neidkomplex. Es soll nur gezeigt werden, dass genau die Leute, die uns Arbeitern Sparen und Verzicht predigen, selber in Saus und Braus leben.



Viele Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten, mit Werbung allein ist nicht geholfen.

Lärmschutz: Warten, warten, warten

Die Anrainer an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz werden noch viele Jahre lang auf den Bau von Schallschutzmaßnahmen warten müssen. Das geht aus der Antwort von SPÖ-Vizebürgermeister Ferk auf eine Anfrage von KPÖ-Gemeinderat Johann Slamanig hervor.

Im Mai 2000 wurde die Bundesbahn gesetzlich verpflichtet, an ihren Strecken Schallschutzmaßnahmen vorzunehmen. Die Stadt Graz hat mit Land und Bund damals einen Vertrag geschlossen, der die Errichtung

von Schallschutzwänden an den Bestandsstrecken der ÖBB in der steirischen Landeshauptstadt vorsah.

Seither sind viele Jahre vergangen und die Hoffnungen der Anrainer auf eine Lösung ihres Problems wurden bisher nicht erfüllt. Der Bau von Schallschutzeinrichtungen scheint auf die lange Bank geschoben worden zu sein.

Nun wurde im Juli 2004 der Stadtregierung vom Umweltamt ein fertiges Projekt präsentiert.

Seither ist wieder beinahe ein Jahr vergangen. Wenn man nicht bald eine Entscheidung über dieses Projekt trifft, wird seine Verwirklichung noch weiter hinausgeschoben, weil Land und Bund ohne Initiativen aus Graz keine Veranlassung sehen, die notwendigen Mitteln zu budgetieren.

Johann Slamanig: „Man darf sich jetzt nicht auf die schlechte Finanzlage der Stadt Graz herausreden. Über die Finanzierungsnotwendigkeit der Schallschutzmaßnahmen weiß man im Rathaus seit dem Jahr 2000 Bescheid.“

Die EU kommt uns zu teuer!

Der Ausgang der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden hat mit einem Schlag die bisherige Propaganda der österreichischen Parlamentsparteien für die EU-Verfassung in Nichts aufgelöst.

Die Ablehnung einer Volksabstimmung in Österreich stellt sich als Angst vor der Stimme der WählerInnen in unserem Land heraus. Es stellt sich die Frage, wie lange sich die Menschen diese Bevormundung noch gefallen lassen.

Jetzt kann man nicht weitermachen als wäre nichts geschehen.

Die steirische KPÖ wird die Öffentlichkeit darüber informieren, dass alle steirischen Nationalrats- und Bundesratsabgeordneten von ÖVP, SPÖ, Grünen, FP und BZÖ für diese Verfassung gestimmt haben. Auch die steirischen EU-Abgeordneten Rack (VP) und Leichtfried (SP) waren für die Verfassung.

Das können die kritischen Sprüche der letzten Tage nicht vergessen machen. Sie alle hätten es in der Hand gehabt, eine Volksabstimmung in Österreich

auf die Tagesordnung zu setzen. Die EU-Verfassung soll eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedstaaten bringen, stellt die österreichische Neutra-

lität in Frage und schreibt einen Wirtschaftskurs fest, der den arbeitenden Menschen alle Lasten aufbürdet. Sie ist nicht vom Tisch. Vor allem der Rüstungskurs geht ungebremst weiter. Die Neutralität ist in Gefahr.

Dazu kann man eigentlich nur Nein sagen.

Franz Stephan Parteder



EU-Parlament als Privilegien-Paradies

Die Gehälter der EU-Abgeordneten werden unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung nicht gekürzt, sondern alles in allem kräftig erhöht.

Darauf hat der parteifreie EU-Parlamentarier Hans Peter Martin aufmerksam gemacht. Das „Abgeordnetenstatut“ ist eine Mogelpackung. Denn hinter der zurückhaltenden Fassade der monatlichen 7.000 Euro-Bezüge tun sich Palasträume auf. Dadurch wird das Einkommen keineswegs sinken, sondern sogar auf 10.000 Euro ansteigen! Das Statut tritt nämlich erst im Jahr 2009 in Kraft – bis zur nächsten Wahl wird weiter kassiert wie bisher –, das Einkommen wird aber bis dahin wie bei EU-Beamten jährlich automatisch vorab

angepasst. In vier Jahren können EU-Parlamentarier so bereits mit 8.000 Euro rechnen. Außerdem gibt es eine neue Gratis-Luxuspension, bezahlt vom EU-Parlament. Schon nach fünf Jahren soll sie 1.200 Euro monatlich betragen. Außerdem wird nur noch eine geringe EU-Steuer auf das Einkommen und die Pension eingehoben, auch wenn die Abgeordneten weiter in Österreich leben. Und es gibt eine günstige Luxus-Versorgung bei Krankheit, zwei Drittel der Kosten trägt die EU extra. Die Reisekosten werden zwar nur nach

tatsächlichen Kosten verrechnet, aber man darf in Zukunft sogar regelmäßig in der Business-Klasse fliegen. Und die so genannte „Allgemeine Kostenvergütung“ von netto 3.785 Euro je Monat bleibt unangetastet. Sie ist für Büroaufwendungen abseits von Parlamentsbüros gedacht, doch es müssen dafür keinerlei Nachweise erbracht werden. Darum stecken schon jetzt viele EU-Parlamentarier diese Vergütung als weiteres Super-einkommen in ihre Tasche.

Im Windschatten der EU-Finanzkrise und der EU-Verfassungsprobleme, die jetzt die Öffentlichkeit beschäftigen, sollen neue Abgeordnetenprivilegien festgeschrieben werden.

Euro-Armee – Nein Danke!

Die EU-Verfassung ist mit Pauken und Trompeten gescheitert.

Umso empörender ist es, dass Teile davon trotzdem bereits jetzt umgesetzt werden. So ist Österreich bereits im Vorjahr der Verteidigungsagentur beigetreten und beteiligt sich am EU-Schlachtgruppenprogramm („battle groups“). Die Verteidigungsagentur dient der Ankurbelung milliardenschwerer EU-Rüstungsprojekte. Die EU-Schlachtgruppen sind aggressive Elitekampfeinheiten, die innerhalb weniger Tage rund um die Welt – auch ohne UN-Mandat – eingesetzt werden sollen. Die Teilnahme an diesen Militarisierungsprojekten widerspricht der Neutralität und ist sofort aufzukündigen.

Boris Lechthaler, Koordinator für das Friedensvolksbegehren: „Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass auch in Österreich der Widerstand gegen die undemokratischen Anmaßungen von oben immer breiter und entschlossener wird. Neutralität ist kein totes Recht. Wenn im Frühjahr 2006, dem Halbjahr der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs, die Eintragungswoche für das Friedensvolksbegehren stattfindet, wird sich zeigen, dass die Menschen in Österreich die Neutralität als ein wirkungsvolles Instrument gegen die Unterordnung Österreichs unter die Militarisierung der EU betrachten“.

Friedensvolksbegehren:
Im Amtshaus **unterschreiben!**

Seit 1. Juni können Unterstützungserklärungen für das Friedensvolksbegehren in Graz nur mehr im Amtshaus unterschrieben werden:

Amtshaus, Schmiedgasse 26, III. Stock, Zimmer 357.
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr

Mieter wurde rausgemauert

Grazer Mieter konnte es nicht fassen: Als er von der Arbeit nach Hause kam, war die Wohnungstür zugemauert.

Von Elke Kahr



Foto: Stadt Graz/Pachernegg

Erhöhung der Elternbeiträge an Grazer Schulen: Finanzprobleme abgewälzt

Immer mehr Familien geraten in finanzielle Bedrängnis. Das ist kein unabwendbares Schicksal, sondern das Ergebnis einer ganz konkreten Politik von EU, Bund und Land.

Die Stadt Graz bildet dabei keine Ausnahme. Denn auch hier werden die Finanzprobleme der Stadt vermehrt auf das Sozial-, Familien- und Schulbudget abgewälzt.

So wurden dieses Jahr die Schließung des Tröpfelbades in der Gabelsbergerstraße, die Schließung der Volksschulen Ries und Wieland sowie der Hauptschule Krones durchgesetzt. Im Februar wurde im Gemeinderat eine Kostenerhöhung in Form einheitlicher Essensbeiträge von 18 Euro – unabhängig vom Einkommen – für die Kindergärten, Kinderkrippen und Horte – beschlossen.

Und ab September diesen Jahres werden alle Eltern noch mit einer 12,5 %igen Beitragserhöhung für die Nachmittags- bzw. Ganztagesbetreuung an den Volks- und Hauptschulen konfrontiert. Zu dieser Erhöhung kommen noch extra die Kosten für das Essen und der monatliche Beitrag von 10 Euro für den Organisationsaufwand hinzu.

Jede Erhöhung für sich genommen mag auf den ersten Blick noch bewältigbar erscheinen. Die Summe der finanziellen Belastungen setzt aber die Familien immer mehr unter Druck.

Die KPÖ hat sich gegen diese Beschlüsse gestellt und wird auch weiterhin keinen Tarifierhöhungen und Verschlechterungen im Sozialbereich zustimmen. „Während VP und SP unbeirrt am Defizitbringer Grazer Messe festhalten, sagen wir: Sozialpolitik statt Eventpolitik.“

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten Graz

Montag bis Freitag von 9.30 bis 13.30 Uhr
Do. 9.30 bis 17.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

- Wir helfen und beraten bei:**
- Anträgen um Pflegegeld
 - Anträgen um Pensionsanträgen wie Alters-pension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
 - Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
 - bei anderen Problemen

Helfen statt reden.
kaltenegger
KPO

Da weiß man, was man wählt. 

Landtagswahl 05: KPÖ – Ernest Kaltenegger

Bei der Landtagswahl tritt die KPÖ-Ernest Kaltenegger mit einer interessanten Liste an. Wir wollen jenen Menschen eine Stimme geben, die sonst nirgends zu Wort kommen. Es geht um die Abwehr von Verschlechterungen auf allen Ebenen und um Verbesserungen, die der Mehrheit der Menschen zu Gute kommen.

Dafür wollen wir auf allen Ebenen und auch im Landtag eintreten.

Gleichzeitig sagen wir ganz offen: Wer etwas für die große Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, der muss der winzigen Minderheit der Reichen und der Superreichen etwas wegnehmen und die Macht des Kapitals zurückdrängen.



1. Ernest Kaltenegger, Stadtrat, (geb. 1949), Graz

„Es besteht Bedarf an einer Arbeiterpartei im Landtag, die ausspricht, was die anderen verschweigen“.



2. Claudia Klimt-Weithaler, Kindergartenpädagogin, Leiterin Modellino (geb. 1971) Tobelbad
„Als Steirerin gefällt mir einiges an der momentanen Landespolitik ganz und gar nicht. Vor allem die Bereiche Sozial- und Frauenpolitik lassen zu wünschen übrig.“

Große Reden über das Thema 'soziale Gerechtigkeit' zu schwingen genügt nicht.“



4. DI Dr. Birgit Kampl, EDV-Organisatorin, Betriebsrätin (geb. 1951) Fohnsdorf

„Ich will mit meiner Kandidatur einen Beitrag dazu leisten, dass alternative sozialpolitische Ideen und Vorschläge der KPÖ eine Chance haben, nicht nur in den Gemeinden sondern auch auf Landesebene gehört und diskutiert zu werden“.



5. Ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Kosmus, Universitätslehrer mit dem Fachschwerpunkt Analytische Chemie des Umweltschutzes, Uni Graz, Mitglied des Aufsichtsrates der Grazer Stadtwerke (geb. 1948), Graz
„Die vollständige Hingabe der herrschenden Politik zum menschenverachtenden Raubtierkapitalismus bedarf einer grundlegenden Korrektur. Die etablierten Parteien sind durch ihre verwobenen Interessen mit den internationalen Kapitalgebern dazu nicht in der Lage“.



6. Mag. Eva Moazed, Apothekerin, (geb. 1958), Graz
„In Zeiten der sozialen Kälte, von Arbeitslosigkeit und Privatisierungswahn der Großparteien finde ich es wichtig, eine sozial engagierte Partei wie die KPÖ zu unterstützen“.

3. Dr. Gerhard Michael Dienes, Historiker, bisheriger Leiter des Grazer Stadtmuseums, (geb. 1953), Graz

„Ich will mit Ernest Kaltenegger den BürgerInnen vermitteln, dass politische Kultur im wesentlichen menschliche Kultur ist. Kultur darf nicht als Imagepoliermittel missbraucht werden“.



Da weiß man was man wählt ...

Die Kandidatinnen und Kandidaten



7. Peter Scherz, Werkzeugmacher, Betriebsrat Magna, Arbeiterkammerrat (geb. 1951), Kainbach „Meine Beweggründe für die Kandidatur: Interessensvertretung für die arbeitende Bevölkerung, der die wirklichen Verhältnisse kennt. Privilegienabbau auf allen Ebenen. Gerechte Umverteilung der geschaffenen Werte.“



9. Philipp Funovits, Student, Vorsitzender der Universitätsvertretung an der KFU Graz, (geb. 1978), Graz „Ich habe an der Universität am eigenen Leib gespürt, was die sogenannte Globalisierung anrichtet. Das passiert in allen Lebensbereichen. Die KPÖ ist die einzige Partei, die auf diese Fragen ehrliche Antworten sucht und manchmal auch findet.“



11. Christian Sikora, Exekutivbeamter, Personalvertreter in der Justizanstalt Graz-Karlau (geb. 1963), Graz „Sicherheit für jeden Bürger unseres schönen Heimatlandes Steiermark bedeutet, in so wichtigen Fragen wie öffentliche Sicherheit, Gesundheitsvorsorge, Arbeitsplatzsicherung, soziale Absicherung, Verkehr und Umwelt, kompetente, erfahrene und herzliche Menschen als Vertreter ihrer Anliegen zu haben. Die Liste Ernest Kaltenegger KPÖ zeigt in Graz seit Jahren den richtigen Weg.“



13. Jakob Matscheko, Student, Vorsitzender der KJÖ-Steiermark, (geb. 1986), Kapfenberg „Gerade im Jugendsektor gibt es noch viel zu tun (mehr aufsuchende Jugendarbeit, überbetriebliche Lehrlingswerkstätten uvm.). Politiker, die nur ihre Geldbörse im Kopf haben, anstatt sich um die realen Bedürfnisse der Bevölkerung (Arbeitsplätze, freier Bildungszugang usw.) zu kümmern, sind für mich nicht vertretbar.“



15. Harald Nusser, Gastwirt, (geb. 1957), Graz „In Richtung Gleichstellung Homosexueller Menschen wurde bereits einiges erreicht, wenngleich noch wesentliche Diskriminierungen abgeschafft werden müssen. Großen Nachholbedarf gibt es noch im Bereich der gesetzlichen Berücksichtigung von Transgender Personen. Mir aber geht es vor allem darum, konkrete Hilfe anbieten zu können, wenn es um Diskriminierungen im Bereich Arbeiten oder Wohnen geht.“



8. Karin Gruber, Sprengelsozialarbeiterin im Sozialamt der Stadt Graz, (geb. 1960), Graz „Ich bin gegen die Privatisierung, wie sie derzeit bundes-, landes- und gemeindefeindlich durchgeführt wird, und gegen den Ausverkauf der öffentlichen Gebäude und Grundstücke. Ich habe schon vor Jahren Herrn Stadtrat Ernest Kaltenegger als einen sozial eingestellten Politiker, der sich auch für Randgruppen einsetzt, kennen- und schätzen gelernt. Er ist ein Politiker, der seine Einstellung auch selbst lebt und von seinem Einkommen allmonatlich einen großen Teil an sozial Schwache abgibt. Er ist Politiker der Sache wegen und nicht aus persönlichem Machtstreben. Aus diesen Gründen kandidiere ich bei der Landtagswahl für die KPÖ.“



10. Mag. Natascha Anahita Lucojannakis, Bibliothekarin, freie Mitarbeiterin der feministischen Zeitschrift An.schläge (geb. 1974), Kalsdorf „Ich bin aktive Feministin und praktizierende Meta-physikerin. Mein Motto: Carpe Diem – besonders unter dem Regenbogen.“



12. Mag. Michaela Ulrich, Taxifahrerin, (geb. 1972), Graz „Mein Vater war KPÖ-Gemeinderat in Gußwerk. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Deshalb kandidiere ich für die Landtagswahl. Ernest Kaltenegger und die KPÖ werden als soziales Gewissen in der Steiermark wirken.“



14. Helga Kollant, Kindergartenpädagogin, ÖH-Kindergarten (geb. 1959) „Leider ist die derzeitige Regierung hauptsächlich gewinnorientiert ausgerichtet. Für Frauen und Sozialanliegen gibt es kaum ein offenes Ohr. Die Gruppengröße in den Kindergärten ist zu groß, um den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden.“



16. Angela Kompöck-Poller, Vertragsbedienstete, (geb. 1958), Graz „KPÖ-Ernest Kaltenegger ist eine Partei, die sich für die Belange der Menschen einsetzt und ihre Anliegen ernst nimmt; eine Partei, die gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigt und aktiv wird. Die steirische Bevölkerung würde profitieren, wenn es auch im „Land“ eine KPÖ geben würde.“



17. Franz Stefan Parteder, KPÖ-Landesvorsitzender, Journalist, (geb. 1947), Graz „Die Erfolgsgeschichte der steirischen KPÖ sollte auch im Landtag weitergehen, weil die arbeitenden Menschen die Eventpolitik satt haben und eine ehrliche Vertretung ihrer Interessen brauchen.“



kaltenegger
KPÖ

Uni Graz: Mandat für kommunistische StudentInnen

Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) konnte bei den Wahlen zur Studierendenvertretung in Graz einen historischen Erfolg verbuchen. Mit 5,8 % erreichte er ein Mandat in der Universitätsvertretung. Auf der neuen Medizinuniversität reichten 5,9 % leider nicht für ein Mandat dafür gibt es mit Sebastian Wisiak den ersten kommunistischen Studienvertreter für Humanmedizin. Das Grazer Stadtblatt sprach mit Hanno Wisiak, dem Vorsitzenden des KSV Graz.

Hanno Wisiak: Erstmals seit 1985 hat der KSV wieder den Einzug in die Universitätsvertretung an der Uni Graz geschafft und ist die einzige vertretene Liste, die Stimmen gewonnen hat. Das lässt sich im Wesentlichen auf zwei Punkte zurückführen: Erstens hat der KSV in den letzten Jahren dort, wo er vertreten war, gute Arbeit geleistet und viel für die

Studierenden erreichen können. Zweitens war der KSV die einzige Fraktion, die Verschlechterungen an der Uni konsequent bekämpft hat. Das haben die Studierenden honoriert.

Grazer Stadtblatt: Wo siehst Du die größten Mängel an den Unis?

Hanno Wisiak: Erstens gibt es viel zu wenig Geld, worunter die Qualität der Lehre in den letzten Jahren massiv gelitten hat. Auch gibt schon lange nicht mehr ausreichend Studienplätze für alle, die studieren wollen. Viele Studierende kommen in diesen Studien ohne eigenes Verschulden nicht weiter und verlieren dadurch oft Studien- und Familienbeihilfe.

Grazer Stadtblatt: Welches ist das Programm des KSV für die nächsten beiden Jahre?

Hanno Wisiak: Wir wollen verhindern, dass

Hanno Wisiak



es an der Uni Graz zum Zusperrern einzelner Studienrichtungen kommt. In Innsbruck werden z.B. alle Studienrichtungen zugesperrt, die weniger als 20 AbsolventInnen pro Jahr „produzieren“. Weiters geht es darum, dass etliche Professorenposten nachbesetzt werden, damit wieder Lehre in vollem Umfang gewährleistet werden kann. Auch fordern wir ausreichend finanzielle Mittel, damit genügend Lehrveranstaltungen in „überlaufenen“ Studienrichtungen angeboten werden.

An der Medizinuni ist es zentrales Anliegen des KSV, die Studienbedingungen für sozial schwächere Studierende zu verbessern. So werden zum Beispiel Praktika mit Anwesenheitspflicht derart auf den ganzen Tag verteilt, dass ein Nebenberuf unmöglich auszuüben ist. Wer Kinder hat, muss sich um ganztägige Betreuung umsehen, was mitunter auch eine Geldfrage ist.

Krones-Schule: Hauptschulgebäude wäre ideal!



KPÖ Gemeinderat
Andreas Fabisch

Für einen Umzug der aus allen Nähten platzenden Volksschule Krones in das benachbarte Hauptschulgebäude sprach sich KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch in der Gemeinderatssitzung vom 16. Juni aus. Zur gleichen Zeit demonstrierten Schüler und Eltern in Tierkostümen für „artgerechte“ Raumangebote.

Fabisch: „Die hervorragende Arbeit im Integrationsbereich und Englisch ab der ersten Klasse sind Angebote eines hochmotivierten Lehrerteams, die aber ausreichend Platz brauchen. Werk- und Turnräume fehlen, die Garderoben sind in der Klasse und schwer zugänglich, der Pausenhof ist viel zu klein. Von einem Umzug würde auch der Krones-Hort profitieren.“

Kurz: Eine bessere Nutzung des leerstehenden Gebäudes der Hauptschule ist schwer vorstellbar!“

Schulpsychologen

Gerade zum Schulschluss zeigt sich, dass Probleme eskalieren können, die im Laufe des Schuljahres nicht richtig erkannt wurden.

Deshalb verlangt die KPÖ nicht nur, Zuschüsse für Psychotherapie für Kinder und Jugendliche weiterhin aufrecht zu erhalten, sondern fordert wiederholt, dass alle Schulen im Sekundarbereich (ab 5. Schulstufe) zumindest einmal in der Woche vor Ort den Dienst eines Schulpsychologen – ähnlich dem Schularzt – anbieten können.



mieter_{innen} **NOTRUF**

71 71 08



Die Post bringt allen was, aber den Postlern bringt sie oft nichts Gutes

„Der Zeitpunkt, wo ich eine Freude an der Arbeit als Postzusteller hatte, ist lange vorbei“. So lautet das bittere Resümee eines Grazer Kollegen über die zunehmenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bei der Post.

Wenn der Vorstand jetzt die Ausschüttung einer einmaligen Prämie von 350 € an die Bediensteten als großen Erfolg bezeichnet, so muss man ein paar Fragen stellen. Zuerst einmal: Wie hoch

herausgeputzt werden. Nunmehr wird im ÖIAG-Aufsichtsrat die Privatisierung der Post vorbereitet.

Motor der Privatisierung ist die von der EU eingeleitete Liberalisie-

Das Arbeitsaufkommen wird durch die Info-mails und die verstärkte Zahl von bescheinigten Postsendungen immer größer. Durch die neuen EU-konformen Hausbriefkästen wird es ebenfalls



Trotz Stress um Freundlichkeit bemüht

sind die Prämien, welche der Vorstand und die Top-Manager bekommen?

Darüber hinaus: Ist die Steigerung des Gewinns (EGT) auf 61 Mio. Euro (2003 52,7 Mio. €) nicht auch auf ein Plus an Arbeitsaufkommen und auf ein Minus an Personal zurückzuführen? Schließlich ist der Umsatz beim Brief im Jahr 2004 um 5% und bei der Medienpost um 11% gestiegen. Man könnte diese Prämie auch als „reines Judasgeld“ bezeichnen.

Während seit dem Jahr 2000 bei der Österreichischen Post 20 % der Arbeitsplätze abgebaut und 46 % der Postämter geschlossen wurden, sind die Gewinne um 398 % gestiegen. Damit soll die Post als profitable Braut für die Verscherbelung

der Postmärkte. Am Ende des Weges werden einige wenige private Riesenkonzerne den Postmarkt beherrschen. Die fetten Renditen, die von den Postbetrieben erwirtschaftet werden, gehen zu Lasten der Beschäftigten und der Kunden der Post, wie die Entwicklung zeigt.

Von einer Personalreserve, die diesen Namen verdient, kann nicht mehr gesprochen werden. Wenn zwei Mann (bzw. Frau) für 20 und mehr Zusteller den Urlaub- und Krankenstandsbedarf abdecken müssen, geht die Rechnung niemals auf. Es gibt ständig Zusammenziehungen bei Krankenstand und Urlaub. Kollegen müssen für die anderen einspringen.

eine zusätzliche Belastung geben.

Hubert Reiter (GLB): „Unser Job soll uns nicht umbringen. Jeden Tag geht man aber erledigt heim, die mangelnde Personalreserve führt zu einem harten Gruppendruck. Wer erkrankt, kann seiner Genesung nicht mit ruhigem Gewissen entgegengehen. Eine Rücksicht auf ältere Kollegen gibt es nicht mehr.“

Die Gewerkschaft hat sich nach Meinung vieler Kollegen mit der Firmenleitung arrangiert und hält still. Es gibt keinen Aufschrei gegen die Ungerechtigkeiten und kein Kollektiv, das gemeinsam vorgehen würde. Hier sind ein generelles Umdenken und grundlegende Veränderungen notwendig.

GVB: Fahrpläne beleuchten

Es ist auffallend, dass bei den GVB-Haltestellen die Werbeflächen auf den Wartehäusern sehr gut beleuchtet sind, die Fahrplanaushänge in den Wartehäusern hingegen nicht. Im Sinne der Kundenfreundlichkeit sollte dies geändert werden. Deshalb forderte KPÖ-

Gemeinderätin Kirsten Felbinger den Bürgermeister in einer Anfrage auf, sich an die zuständigen Stellen der Grazer Verkehrsbetriebe zu wenden, um die Installierung der fehlenden Beleuchtung bei den Fahrplanaushängen bei den Wartehäusern herbeizuführen.

Thondorf: Parkhaus ohne Vorwarnung gesperrt

Hunderte Beschäftigte der Frühschicht im Magna-Steyr-Werk Graz-Thondorf, die ihre PKWs normalerweise im Parkhaus der stadteigenen GBG parken, standen am 16. Juni vor verschlossenen Türen.

Der Grund dafür: Das Parkhaus war von Donnerstag bis Sonntag wegen Reinigungs- und Erhaltungsarbeiten gesperrt. Der Betriebsratsvorsitzende war erst am Vortag um 13 Uhr von dieser Maßnahme informiert worden.

Linksblock-Betriebsrat und Arbeiterkammerrat Peter Scherz wies darauf hin, dass man dieses Park-

platzproblem bei etwas besserem Organisationsgeschick vermeiden hätte können: Auch heuer gibt es Ende Juli bis Anfang August einen dreiwöchigen Betriebsurlaub bei Magna Steyr. Während dieser Zeit steht das Parkhaus fast leer.

Peter Scherz: „Der Stadt Graz und ihren Gesellschaften darf nicht nur der Konzern von Frank Stronach viel wert sein, auch die Arbeiter in diesem Großbetrieb würden mehr Aufmerksamkeit und Beachtung verdienen. Es ist zu hoffen, dass man in Zukunft in solchen Fragen koordinierter vorgeht.“



Ohne Vorwarnung: Arbeiter standen vor verschlossenen Parkhaus-Türen.



Gries

Gefahr für Fußgänger

Im Kreuzungsbereich Rösselmühlgasse/Dreihackengasse komme es immer wieder zu gefährlichen Situationen für Fußgänger, erklärt KPÖ-Gemeinderat Hubert Reiter. Grund: Es sei praktisch unmöglich, die stark frequentierte Rösselmühlgasse in diesem Abschnitt sicher zu überqueren. Da sich der nächste gesicherte Fußgängerübergang erst in einiger Entfernung befindet, fordert der KPÖ-Gemeinderat an dieser seit vielen Jahren existierenden Gefahrenstelle einen gesicherten Übergang.

Karmeliterplatz: Beschluss gegen Anrainer

Innere Stadt

Bei der Verkehrsregelung im Zusammenhang mit dem neuen Karmeliterplatz hat man sich über einen einstimmigen Beschluss des Bezirksrates hinweg gesetzt. Taxis



silva phOto-art

Die KPÖ Innere Stadt fordert, dass der Karmeliterplatz für den Verkehr dauerhaft gesperrt bleibt.

dürfen künftig durch die obere Sporgasse und die Ballhausgasse fahren. Leider hat der Bezirksrat in diesem Fall keine rechtliche Möglichkeit, die Interessen der Anrainer durchzusetzen. Das Gewicht der Taxi-Innung war stärker. Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ): „Es ist darauf zu achten, dass der

Karmeliterplatz dauerhaft für den Durchzugsverkehr gesperrt bleibt.“

Weiters wendet sich die KPÖ dagegen, dass auf dem Platz lärmintensive Events durchgeführt werden. Die BewohnerInnen müssen vor nächtlichem Gastgartenlärm geschützt werden.

Tiefgarage

Die Landwirtschaftskammer will in der Hameringgasse eine Tiefgarage errichten, obwohl die Rosarium-Garage in

unmittelbarer Nachbarschaft liegt. Ein neuer Bebauungsplan für den Häuserblock, in dem die Landwirtschaftskammer liegt, macht das möglich. Er wurde mit der Begründung vorgelegt, dass die Verkaufsfläche der neuen Moser-Buchhandlung 800 m² überschreitet. Bei der Auflage des Planes war vom konkreten Vorhaben „Tiefgarage“ nie die Rede gewesen. Auch so könne man, argumentiert Parteder, die Öffentlichkeit hinters Licht führen.

Hallenneubau wird zur Horrorvision

Puntigam

Was auf einer derzeit unbebauten Fläche zwischen Zeppelinstraße, Plachelhofstraße und Alter Poststraße südlich des Zentralfriedhofs geplant sei, entwickle sich für die Bewohner der Einfamilienhaussiedlung in der Zeppelinstraße zu einer Horrorvision, zeigt sich KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt verärgert. Denn sie würden direkt vor ihren Häusern – nur auf der gegenüberliegenden Straßenseite – eine über 250 Meter lange und über 16 Meter hohe Hallenwand vorgesetzt bekommen.

biet gewidmet worden, obwohl in der Zeppelinstraße und der Plachelhofstraße Siedlungen mit Einfamilienhäusern angrenzen. Eine eisenverarbeitende Firma wolle im Anschluss an ihre schon bestehende Betriebshalle südlich des Zentralfriedhofs eine Riesenhalle errichten. Den maßvollen Änderungswünschen der Anrainer habe man offensichtlich kein Gehör geschenkt.

Daher stellte Schmalhardt in der Gemeinderatsitzung den Antrag, dass Referat für BürgerInnenbeteiligung solle gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Stadt wie Bau- und Umweltamt, den betroffenen Anrainern und dem Investor eine Informationsveranstaltung zur Aufarbeitung der offenen Fragen veranstalten.

Inge Arzon hat als Bezirksvorsteherstellvertreterin im Bezirk Gries durch ihre Initiative dazu beigetragen, dass ein konkreter Schritt der Integration gesetzt wurde.



silva phOto-art

Das Asylantenheim Griesplatz 6 hatte im Vorjahr zu einiger Aufregung unter den Anrainern und bei den Geschäftsleuten geführt. Um die Situation nicht zu verschärfen waren

konkrete Schritte notwendig, die gemeinsam mit allen Betroffenen gesetzt werden mussten. Durch eine Subvention des Bezirksrates Gries ist es nun möglich geworden, heuer eine zusätzliche Betreuungsperson im Heim für Asylsuchende zu finanzieren. Probleme im Zusammenleben von Asylsuchenden und Einheimischen

konnten dadurch oft gelöst werden. Vor einigen Wochen wurde bei einem Gespräch mit Caritas-Präsident Franz Küberl, Bezirkspolitikern, Heimleitung, Wirtschaftstrei-

benden am Griesplatz und Anwohnern eine positive Bilanz gezogen.

Der Vertrag für die Betreuungsperson endet leider im November. Der Bezirksrat in Gries ist einstimmig der Meinung, dass es sinnvoll ist, wenn weiter eine zweite Betreuungsperson Dienst im Asylheim verrichten kann. Der Bürgermeister als zuständiger politischer Referent sollte die finanzielle Vorsorge dafür treffen, diese wichtige Integrationsmaßnahme im Bezirk Gries fortzuführen.

KPÖ-Gemeinderätin Gertrude Schloffer ist in diesem Sinne auch im Gemeinderat aktiv geworden.

Gehsteig als Stolperfalle

Geidorf

Das Bauverfahren sei noch in der Entwicklungsphase. Bis vor einigen Jahren wäre das Areal noch ein allgemeines Wohngebiet gewesen. Jetzt allerdings seien die Flächen als Industriege-

Der Gehsteig im Abschnitt Theodor-Körnerstraße 77 bis 87 (vom Cafe Heu stadtauswärts) sei in einem miserablen Zustand, betont die Geidorfer KP-Bezirksrätin Grete Skedelj. Nicht nur

Rollstuhlfahrer aus dem nahe gelegenen Geriatri-schen Krankenhaus hätten damit zu kämpfen, auch Mütter mit Kinderwägen seien über diese Stolperfalle verärgert. „Der Gehsteig ist ein einziger

Fleckerteppich, immer nur notwüftig saniert“, so Skedelj wörtlich. Deshalb werde sie in der nächsten Bezirksrats-sitzung einen Antrag bezüglich einer Generalsanierung des Gehsteiges stellen.

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

Wetzelsdorf

Gehsteig für Wetzelsdorf

Zwischen den Bushaltestellen Jakob-Gschielweg und Kienzlweg sind in den letzten Jahren zwei große Wohnsiedlungen links und rechts der Straßgangerstraße entstanden. Weiters wird, wenn das Versprechen von Stadtrat Rüsich wahr gemacht wird, Ende dieses Jahres der geplante Wohnbereichspark übergeben, wo auch ein Zugang von der Straßgangerstraße geplant ist. Was jedoch fehlt, ist ein gesicherter Gehweg und Fußgängerübergang im Kreuzungsbereich Schererstraße, der von den Bewohnern und auch von KPÖ-BV-Stv. Günter Leber schon lange gefordert wird, um den Einkaufsmarkt, Kindergarten, das Cafe Famous etc. gefahrlos zu erreichen. Gemeinderätin Ina Bergmann hat in der letzten Gemeinderatssitzung die Errichtung des Gehsteiges und des Fußgängerüberganges im Zuge der Bauarbeiten des geplanten Bezirksparks eingefordert.



Wetzelsdorfer fordern im Bereich der Siedlung Schererstraße einen Gehsteig und Fußgängerübergang.

Kleinbetriebe

Auch im Bezirk Jakomini geht die Abwanderung eingessener Betriebe munter weiter. Zuerst geht ein großer Nahversorger, dann folgen die anderen Betriebe: Für die BewohnerInnen bleibt oft nur mehr der Einkaufspark in den Randbezirken oder außerhalb von Graz.

Es gibt aber auch Mitbürger, die sich diesem Trend entgegensetzen: Der aus Skopje gebürtige Bruno Loder Burhan hat in der Schörgelgasse 6 eine Änderungsschneiderei etabliert. Dieser Einmannbetrieb kann sein Fortbestehen dank Brunos handwerklicher Begabung und langjähriger Praxis



Bruno Loder Burhan

seit dem Jahr 2003 sichern.

Freundliche Nahversorgung auch für Dienstleistungen sind Grundvoraussetzung für eine gute Wohnqualität! Deshalb hoffen wir, dass noch viele diesem Beispiel folgen.

Jakomini



Bus für abends



KPÖ-Gösting fordert Buslinie 67 für den Abend.

Die Ausweitung der Buslinie 67 für den Abendverkehr fordert der Göstinger KPÖ-BV-Stv. Gerhard Strohrriegl. Denn die Linie fahre nur bis

20.15 Uhr und viele Bewohner der Augasse bzw. Veranstaltungsbesucher des Blindenverbandes müssten weite Gehstrecken in Kauf nehmen.

Gösting



KPÖ-Liebenau fordert den Abriss der alten Tankstelle in der Liebenauer Hauptstraße. Auch Umweltamt soll eingeschaltet werden.

Liebenau

Schandfleck

„Es wird Zeit, dass die alte Tankstelle in der Liebenauer Hauptstraße (nahe der Engelsdorfer Schule) abgerissen wird“, betont der Liebenauer KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter Max Korp. Sie stehe seit

vielen Jahren leer und würde als Autoabstellplatz auch eine Gefahr für die Umwelt bedeuten. Die Menschen im Bezirk seien über den „Schandfleck“ beunruhigt, auch wegen den alten, unterirdischen Bezintanks.

Alt-Grottenhof bedroht

Straßgang

Mit einer Unterschriftenaktion wehren sich Straßganger Aktivbürger gegen die Verbauung des Grünareals Alt-Grottenhof. Der Grund für diese Notwehraktion: Das Land Steiermark plant auf ca. 2 ha Freiland südlich des Bründlbaches die Genehmigung der Ausweitung des Areals „Tennisparadies“ im Ausmaß von sechs Freiplätzen, vier Hallenplätzen und einem Zubau zum Hotel Para-

dies. das Areal liegt im Landschaftsschutzgebiet und ist als Freiland gewidmet.

KPÖ-Bezirksvorsteher Kurt Luttenberger fordert deshalb mit allem Nachdruck den Erhalt des beliebten Naherholungsgebietes. Im direkten Umfeld befinden sich auch die Bründlteiche. „Das Areal darf nicht für reine Spekulationszwecke zum Opfer fallen“, so Luttenberger abschließend.



Den Erhalt der Straßganger Naherholungsgebiete fordert KPÖ-BV-Stv. Kurt Luttenberger.

silva phOto-art

ANNONCEN

gesucht

Pensionistin mit kleinem ruhigen Hund sucht günstige **Kleinwohnung** möglichst Erdgeschoß Edeltrud Holzapfel, Körblergasse 82/2/15, 8010 Graz.

2-Zimmer-Wohnung, Miete bis max. € 400 von berufstätiger Frau mit ebenfalls berufstätigen Sohn gesucht, Telefon 0664/948 1865 oder 0664/57 28 152.

Alleinstehende Mutter, berufstätig, mit Mittelschülerin, ruhig und verlässlich, sucht **2-Zimmer-Wohnung**, Miete bis € 350, Telefon 0664/3603024.

2 berufstätige Frauen suchen erschwingliche **2-Zimmer-Küche-Wohnung**, Telefon 0664/3136006.

Ruhiger Pensionist sucht **2-Zimmer-Küche-Wohnung** im Erdgeschoß bis max. € 350, Telefon 582 535.



Neueröffnung

Café Zunki

Karla Zunkovic
Augasse 49
8051 Graz
geöffnet
von 6.30 – 21 Uhr
Samstag/ Sonntag von
7.00 bis 13.00 Uhr
Wir freuen uns auf
Ihren Besuch!

Angebot

Nachmieter für kleines **Cafehaus** in der Nähe von der neuen Technischen Universität, 2 Räume und 3 Kellerräume – Vollbetrieb – ab sofort zu vergeben. Tel: 0699 / 122 55 971

3-Zimmer-Parterre-Wohnung mit Loggia zirka 70m² in Kalsdorf zu verkaufen VB € 110.000,- Tel: 03135/ 55720 oder 0650/23 60 298.

Entrümpelung und Entsorgung werden zu günstigen Bedingungen erledigt! Anzurufen jederzeit unter 0676/42 288 10.

Schönes Herrenfahrrad, Bestzustand, € 40. Tel. 0664 / 92 43 610.

Suchen sanierungsbedürftiges Haus für soziales Wohnprojekt in Graz oder Graz Umgebung.
Tel. 72 46 83 oder
Tel. 81 69 32
E-Mail: office@chiala.at
oder office@sws.or.at

**Grillfest im
Cafe „Alpha“**

**Moserhofgasse 56,
am 2.7.2005, ab 18.00
Uhr, grillen, tanzen
und Adi's Live-Band**



CM05014 Felsőmarac, HU, Nationalpark, 105km von Graz. 3 Zimmer, Bad, Küche, Kammer. 949m² Grund. Tel 0664-4409036. www.casa-mia.at

€ 18.350
Kaufpreis + Nebenkosten

casa mia
Casa Mia Hungary Bt, 9918 Felsőmarac, Fő út 66

Suche dringend Lehrstelle als Sanitär- und Klimatechniker, handwerklich begabt, geschickt und verlässlich. Täglich erreichbar unter 0664/ 56 96 043

Tagesmutter von der Volkshilfe (Bezirk Gries) hat ab Herbst 3 Betreuungsplätze frei. Für Kinder ab 5 Monate bis zu 6 Jahren von Montag bis Freitag ab 7 Uhr früh. Telefon 27 59 09



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe BARcelona, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Gemeinschaftsprojekt

von Kinderland Steiermark und Verein Modellino Kinderbetreuung

TAGESBETREUUNG
in den **SOMMERFERIEN**
für Kinder ab 6 Jahre (Geschwister ab 4 Jahre)

Wann 11. Juli bis 29. Juli 2005,
Montag bis Freitag von 8 bis #17 Uhr

Wo Volksschule Wieland

Programm afrikanisch Kochen

- * Bauen des Modellino Perlen-Lusters und von Piraten-Schiffen
- * Trommeln mit Ismael aus Venezuela
- * Theaterspielen mit Wolfgang vom Quasi-Quasar-Theater
- * Töpfern, filzen, batiken, tanzen, singen, spielen auf Instrumenten, ...
- * Sport & Spiel für drinnen & draußen#
- * Detektivische Stadterkundung

Kosten € 90.-/Woche, € 70.-/Woche für Geschwister

(= Betreuung, Mittagessen, Jause, Materialien, Eintritt...)
Claudia Klimt-Weithaler, 0316/31 34 59

Roter Freitag



Eine offene Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz
Veranstaltungsort: Karl-Drews-Club,
Schützgasse 16/Lagergasse 98a, 8020 Graz
Beginn: 16:30 Uhr

1. Juli 2005: Gedanken zur Schulpolitik

Perspektiven zur Bildungs- und Schulpolitik aus Sicht der KPÖ.
Vortragender: Mag. Andreas Fabisch, Lehrer am BORG Monsbergergasse.

15. Juli 2005: „Der Anfang jeder Kritik ist Religionskritik“

Fromms These über Karl Marx ist, dass Marx im Proletariat das neue Volk Israel sieht. Sein historischer Materialismus ist eine säkulare Interpretation der Exodusgeschichte. Vortragender: Dr. Hans-Anton Ederer

22. Juli 2005: „Don't panik!“

Aus gegebenem Anlass: Gedichte, Monologe und sonstige Unsinnigkeiten diverser Autoren. Vortragender: Herbert Wippel. Gratis Buffet!!!

29. Juli 2005: „ArbeiterInnenunruhen im Weltsystem“

Werden die ArbeiterInnenkämpfe weltweit durch die Globalisierung geschwächt? Verschwindet die ArbeiterInnenklasse mit dem »Postfordismus« gänzlich von der Bühne? Oder stehen wir vor einem neuen Aufschwung globalisierter Klassenkämpfe, die das kapitalistische Weltsystem erschüttern werden?
Buchvorstellung und Diskussion. Vortragender: Mag. Leo Kühberger

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: stadtblatt@kpoe-graz.at DVR: 0600008



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Der verlängerte 6er

Die Bürger in Graz St. Peter begrüßen zum Großteil den Beschluss des Grazer Gemeinderates, dass die Verlängerung der Linie 6 endlich realisiert wird. Dass einige wenige die ihre Parkplätze verlieren damit unzufrieden sind, ist zwar verständlich, doch nicht so ihre Argumentation dagegen!

Sie schlagen vor die Linie 6 über Graz-Messendorf umzuleiten. Also ein „Florianiprinzip“ (nur nicht bei mir!) wodurch in St. Peter weder das Verkehrsproblem noch andere Unzulänglichkeiten gelöst werden könnten.

Die Bürgerinitiative gegen eine Verlängerung schreibt, die Lebensqualität würde sich durch den Wegfall von Parkplätzen verschlechtern. Aber die Lebensqualität von älteren Menschen und jenen die kein Auto haben würde sich durch die Erweiterung des öffentlichen Verkehrs verbessern! So z. B. beim Einkaufen (es gibt im weitem Umkreis keinen Einkaufsladen), anderen Erledigungen bei Ärzten, Behörden, einen Stadtbummel, beim Aufsuchen von Freunden, alles Bedürfnisse die auch Menschen ohne Auto haben! Aber Autobesitzer werden ihren Wagen gerne stehen lassen, wenn ein attraktiver öffentlicher Verkehr geboten wird. Es ist schon unqualifiziert, das bestehende Verkehrskonzept als Luxusvariante für wenige Privilegierte im Peterstal zu bezeichnen! Tatsache ist, es geht um die 12.000 Bewohner eines großen Siedlungsgebietes.

Neben der Straßenbahnverlängerung sind noch weitere Infrastrukturverbesserungen geplant, wie beispielsweise Gehsteige, Begrünung und neue Baumpflanzungen. Ein weiterer Vorteil für die Bewohner von St. Peter ist ein besserer Anschluss in die Innenstadt. Jetzt fährt der letzte Bus vom Schulzentrum ins Peterstal um 19.45 Uhr, dann gibt es weiter nur Taxi oder Fußmarsch, ein Nachteil

für Weiterbildungsinteressierte oder Besucher von Abendveranstaltungen. Weiter gibt es am Sonntag keine Busverbindung Schulzentrum – Peterstal. Auch dieses Problem würde mit dem verlängerten 6er gelöst!

Liebe Vertreter der Bürgerinitiativen: Bedenken Sie, der Mehrheit der Bevölkerung von St. Peter bringt die Verlängerung der 6ers viele Verbesserungen, ihre wenigen persönlichen Nachteile werden sicher zu verkraften sein.

Maria Cäsar Graz St. Peter

Betrifft Artikel Mietvertragsgebühren.

Auch ich verstehe nicht, wieso das Finanzamt abkassiert und dies noch vom Mieter, welcher schon Kautions bezahlen muss, was ich noch verstehe. Da in Graz fast keine unbefristeten Mietwohnungen zu haben sind, ist es wirklich eine Frechheit. Ich habe früher immer im Ausland gelebt, in verschiedenen Ländern und musste nirgends eine Vergebühnung bezahlen, dies kennt man überhaupt nicht! Man sollte schnellstens dieses Gesetz abschaffen und sich halt Gelder bei den überhöhten Managergehältern holen, nein die haben nur Vorteile! Ich beziehe eine kleine Pension und werde nur abgezockt, allein in der Apotheke die Rezeptgebühr, es müsste nämlich Medikamentengebühr heißen, da ich nur ein Rezept habe und mehrere Medikamente aufgeschrieben sind, welche ich leider regelmäßig nehmen muss. Auch gibt es keine Dauerrezepte mehr, alle zwei Monate muss man wieder zum Arzt für neue Verschreibung, diese Gesetze müssten schnellstens geändert werden, die Menschen müssten sich halt richtig wehren. Aber scheinbar liegt dies den Österreichern nicht, die maulen wohl, aber nehmen es einfach hin. Einzelne erreichen natürlich nichts, also wacht auf und wehrt Euch!

K. Düringer 8052 Graz

volkshaus fest 2005

Aufregend, bunt, laut, unverstärkt, modern, traditionell, verrückt, international, hypnotisch – so wird das Volkshausfest 2005 sein. Dafür garantiert ein gut eingespieltes Veranstaltungsteam und ein beachtliches Musikprogramm:

Honkey Tonk Ramblers (Blues & Boogie)

Lexn Buam

(Steirische Volksmusik in Kernbuam-Besetzung)

Staggers (Live is Rock'n'Roll)

zeebee (electric music & voice aus dem Ländle)

Russkaja (Ska mit russischer Würze)

Zusammenfassend könnte man sagen: Internationale Tanzmusik, und das wie immer bei freiem Eintritt! Natürlich gibt es neben dem Musikprogramm ein umfangreiches Kinderprogramm mit Spielwiese und Kindertheater.

Volkshausfest Graz

3. September 2005 ab 15.00 Uhr
Volkshaus, Lagergasse 98a, Graz

kinderland

Ferien camps
Semester-, Oster- und Sommerferien für Kinder von 6 bis 15 Jahren
Tagesbetreuung auf Anfrage

Information und Anmeldung
Ferienbüro - KINDERLAND – Steiermark
8010 Graz, Mehlsplatz 2 / 2.Stock
Telefon: 0316 / 829070 Fax: 0316 / 820610
e-mail: office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Kaltenegger: Für die Grazer Altstadt

Die Grazer Altstadt ist wieder in Gefahr. Wir müssen dem Abriss historischer Gebäude einen Riegel vorschieben, das Ende des Kommod-Hauses sollte ein Warnsignal sein. Spekulanten mit besten Verbindungen dürfen in Graz nicht das letzte Wort haben. Stadtrat Kaltenegger: „Wir brauchen eine Verbesserung des gesetzlichen Schutzes für das historische Altstadtzentrum. Außerdem sollen die Bedingungen für die Wohnbevölkerung erträglicher gestaltet werden. Deshalb fordern wir die Novellierung des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, um den Bestand der historischen Gebäude zu sichern und eine willkürliche Vernichtung der Bausubstanz zu verhindern.“

Wie stehen Grazerinnen und Grazer zum Problem des Erhalts der Altstadt?

Das Stadtblatt stellte folgende Fragen :

1. Sind Sie für die Erhaltung alter, denkmalgeschützter Bauten in Graz?
2. Wie denken Sie darüber, dass alte, denkmalgeschützte Häuser, wie beispielsweise das Kommod, abgerissen und durch moderne Betonbauten ersetzt werden?
3. Denken Sie, dass die Politik in diesem Bereich versagt hat?



Juliana Stranner, Pensionistin:

Natürlich sollen die alten, denkmalgeschützten Bauten erhalten bleiben. Dass solche Häuser abgerissen werden, das sollte nicht passieren. Die Politiker bemühen sich vielleicht, aber da haben sie bestimmt versagt.



Günter Podbrečnik, Versicherungsangestellter:

Die Stadt soll nicht zum Museum werden, sondern es ist wichtig, dass Menschen von auswärts in die Stadt kommen und sie beleben. Allerdings gibt es sinnvolle Möglichkeiten, alte Bausubstanz zu verwenden und zu revitalisieren, ohne die Bauten gleich zu schleifen. Die Sanierungskonzepte der Grazer Wechselseitigen sind ein sehr gutes Beispiel dafür. Ich bin der Ansicht, man sollte geschichtsträchtige, alte Häuser

pflegen. Die Politik traut sich nichts zu. Es wäre angebracht, die Bevölkerung über notwendige Maßnahmen angemessen zu informieren und sie dann auch in Angriff zu nehmen.



Dipl.-Ing. Josef Niederl, Bauingenieur:

Ich bin dafür, dass alte, denkmalgeschützte Bauten erhalten bleiben, denn Graz lebt vom Charakter der Altstadt. Der Altstadt kern prägt das Flair unserer Stadt und macht sie zu dem, was sie ist, ein ästhetischer Platz zum Leben. Es gibt genügend andere Plätze, wo neue, moderne Architektur durchaus Sinn hat und auch in die Umgebung passt. Schade, dass man das Kommod-Haus abgerissen hat. Die Politik hätte etwas tun können, aber das wäre längst nötig gewesen. Kurz vor dem Abriss war es wohl schon zu spät dafür.

Dr. Angelika Pristautz, Ärztin für Allgemeinmedizin

Es ist entsetzlich und bedauerlich, wie man in Graz mit alten, denkmalgeschützten Häusern umgeht. Der Abriss des Kommod ist nur ein Beispiel dafür. Ich hoffe, dass wenigstens das Objekt in der Sackstraße erhalten bleibt. Die Politik hat da auf jeden Fall versagt.



Mag. Andrea Csaszar, Erzieherin

Ich finde, die Besitzer denkmalgeschützter Häuser sollten schon im Vorfeld dazu angehalten werden, sich um ihre Objekte entsprechend zu kümmern und sie rechtzeitig zu sanieren. Wäre das im Fall des Kommod geschehen, hätte es gar nicht zum Abriss kommen müssen. Das Kommod war ja schon lange keine Attraktion mehr. Die Politik hat da tatenlos zugesehen.

Eugenius Charalambous, Bauingenieur

So etwas dürfte nicht passieren. Die geschichtsträchtigen Bauten der Grazer Altstadt sollten in jedem Fall erhalten bleiben. Dem Bundesdenkmalamt sind solange die Hände gebunden, solange der Eigentümer das Haus verfallen lässt. Es darf erst dann einschreiten, wenn bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Diesen Mangel der Gesetzgebung machen sich viele Investoren zunütze, um dann mit dem Argument zu kommen, eine Sanierung wäre unwirtschaftlich. Das ist jedoch blanker Unfug, denn es gibt genügend Fördermittel für Sanierungen, ob man nun beabsichtigt, einen Altbau als Firmensitz zu verwenden oder zeitgemäße Wohnungen zu errichten.

Heli Fiedler, Pensionistin

Alte Bauten in Graz sollten in jedem Fall erhalten bleiben. Der Abriss des Kommod hat mir wirklich nicht zugesagt. Irgendwie hat da die Politik schon versagt. Man hätte sich bestimmt im Vorfeld arrangieren und eine vernünftige Lösung finden können. Manche Eigentümer schrecken ja nicht einmal davor zurück, alteingesessene Mieter aus den Wohnungen hinauszuekeln, um den Profit zu erhöhen. All diese Praktiken sollten unterbunden werden.



Georg Boldlehner, techn. Angestellter

Ich bin unbedingt für die Erhaltung der wertvollen alten Häuser in der Grazer Innenstadt. Das Kommod war ja schon sehr baufällig. Es ist sicher nicht im Sinne des Erfinders, wenn man wartet, bis ein Gebäude so baufällig wird, dass man mit dem Argument kommen kann, eine Sanierung wäre unwirtschaftlich. Die Politik hätte es nicht zulassen dürfen, dass man ein solches Gebäude derart verfallen lässt, und doch hat sie nichts unternommen.

